

30.10.2007 12:16
MAW7726

Gute Anbindung an internationalen Luftverkehr betont

Zweiter Schweizerischer Luftfahrtkongress - Staat soll laut Aerosuisse hoheitliche Sicherheitskosten übernehmen = Basel-Mülhausen (AP) Die Schweiz muss gut an den internationalen Luftverkehr angebunden bleiben, um ihre Standortqualität erhalten zu können. Dies betonte Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard am 2. Schweizerischen Luftfahrtkongress vom Dienstag in Basel. Aerosuisse forderte vom Staat die Übernahme der hoheitlichen Sicherheitskosten. Für die Schweiz mit ihrer grossen Auslandverflochtenheit seien direkte Flugverbindungen zu den wichtigsten Wirtschaftszentren entscheidend, bilanzierte der Wirtschaftsdachverband economiesuisse als Organisator des Kongresses auf dem Flughafen Basel-Mülhausen. An dem von rund 300 Vertretern aus Politik und Wirtschaft besuchten Anlass bekannte sich Lufthansa-Vorstandsmitglied Stefan Lauer laut economiesuisse zur Drei-Hub-Strategie, in welcher der Flughafen Zürich seinen festen Platz habe. Dennoch müssten gemäss Lauer die Rahmenbedingungen des Hubs so gestaltet sein, dass der Lufthansa im globalen Wettbewerb keine Nachteile entstünden. Die Wirtschaftsvertreter wiesen im weiteren darauf hin, dass über 150.000 Beschäftigte in der Schweiz direkt oder indirekt vom Arbeitgeber Luftfahrtindustrie abhängig seien. Eine Million zusätzliche Passagiere schaffe 1.000 neue Arbeitsplätze. Die Luftfahrt als Wachstumsbranche könne damit die durch den Strukturwandel in anderen Branchen verschwindenden Arbeitsplätze teilweise kompensieren. Ein effizienter Luftverkehr sei jedoch nur mit leistungs- und wettbewerbsfähigen Flughäfen und Fluggesellschaften möglich. Eine Podiumsdiskussion widmete sich den Massnahmen gegen terroristische Anschläge und dem betrieblichen und finanziellen Aufwand für die Luftfahrt. Aerosuisse als Dachverband der Schweizer Luft- und Raumfahrt forderte in diesem Zusammenhang die Übernahme der hoheitlichen Sicherheitskosten durch den Staat. Denn in der Schweiz müssten noch immer die Flugreisenden und die Luftfahrtbranche grösstenteils für die Sicherheit aufkommen, ganz im Gegensatz zu verschiedenen europäischen Staaten und den USA, wo diese Kosten ganz oder teilweise vom Staat getragen würden. Aerosuisse erwarte deshalb vom Bundesrat, dass er bei seinen Aussagen im Luftfahrtpolitischen Bericht bleibe und den Handlungsspielraum im Interesse von Fluggästen und Standort Schweiz ausnütze, teilte der Dachverband zum Kongress mit. Ende ap/th/e